





Rede Plenum



Eckhardt Rehberg

Mitglied des Deutschen Bundestages
Mitglied des Haushaltsausschusses
Vorsitzender der Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

 (030) 227-75613

 (030) 227-76570

 eckhardt.rehberg@bundestag.de
 www.eckhardt-rehberg.de

Donnerstag, 22.03.2018

Aussprache zur Regierungserklärung Finanzen und Haushalt

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltspolitik zeichnet sich durch lange Linien, durch lange Zeiträume aus. Herr Minister Scholz, Sie treten Ihr Amt in einer Zeit an, in der die Voraussetzungen nicht besser sein könnten: seit vier Jahren keine neuen Schulden, eine Rücklage von 24 Milliarden Euro im Bundeshaushalt, ein gesamtstaatlicher Überschuss im letzten Jahr von 37 Milliarden Euro, davon über 14 Milliarden Euro bei den Ländern. Deswegen richte ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an Ihren Vorgänger, Wolfgang Schäuble, der mit die Basis für diese Situation geschaffen hat. Ich glaube, ohne diese Basis hätten Sie heute nicht so reden können, wie Sie geredet haben, Herr Scholz, und dann sähe auch der Koalitionsvertrag im Bereich Haushalt und Finanzen nicht so aus, wie er aussieht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Was die 14,2 Milliarden Euro Überschuss bei den Ländern angeht, Herr Kollege De Masi: Der Bund ist nicht für Kitas zuständig, der Bund ist nicht für Lehrer zuständig, und der Bund ist nicht originär für Schulen zuständig. Wenn die Länder einen Überschuss von

insgesamt 14 Milliarden Euro haben - 700 Millionen Euro sind es in meinem Heimatland, circa 10 Prozent des Gesamtetats -, dann sollen die Länder, verdammt noch mal, ihre gesamtstaatliche Verantwortung an dieser Stelle wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Herr Kollege Dürr, ich habe den Eindruck, ihr seid große Rechenkünstler bei der FDP.

(Dr. Stefan Ruppert (FDP): Richtig!)

Sie fordern einen Schuldentilgungsplan, wollen aber gleichzeitig den Soli sofort abschaffen,

(Zurufe von der FDP: Ah!)

wodurch ein Minus von 80 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode entstehen würde.

(Christian Dürr (FDP): Das stimmt nicht, Herr Rehberg!)

Wie das mit der Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit, Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung usw. zusammenpassen soll, müssen Sie mir einmal bei einem guten Kaffee oder einem guten Gläschen Bier erklären. Ich kann das jedenfalls nicht nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Wolfgang Schäuble:

Herr Kollege Rehberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke?

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Immer.

Otto Fricke (FDP):

Herr Kollege Rehberg, wir sind ja, wie der Kollege Dürr gesagt hat, eine Serviceopposition. Deswegen wollte ich Sie nur kurz auf eine kleine mathematische Aufgabe hinweisen, die sehr einfach ist.

Sie werden mir sicherlich zustimmen, dass der Minister eben gesagt hat, dass es in den nächsten vier Jahren 45 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen geben soll. Sie wissen auch, dass die Finanzplanung, die Basis für das Ganze ist, bereits 160 Milliarden Euro Mehreinnahmen in den nächsten vier Jahren vorsieht. Sie stimmen mir dann sicherlich auch zu, dass 160 Milliarden Euro und 40 Milliarden Euro 200 Milliarden Euro Mehreinnahmen für die nächsten vier Jahre ergeben.

Würden Sie mir deshalb nicht zustimmen, dass, wenn man 200 Milliarden Euro Mehreinnahmen in den nächsten vier Jahren hat,

(Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die liegen doch nicht bei der Sparkasse!)

80 Milliarden Euro weniger durch den Wegfall des Soli überhaupt kein Problem ist?

(Beifall bei der FDP)

Eckhardt Rehberg (CDU/CSU):

Herr Kollege Fricke, ich könnte Ihnen jetzt das Steuerschätzungstableau bis 2022 zeigen; es liegt auf meinem Platz. Beim Bund sind, wenn ich das überschlage, garantiert 10 Milliarden Euro per anno Steuer Mehreinnahmen eingepreist, bei den Ländern übrigens auch. Dann komme ich in etwa auf 40 Milliarden Euro. Wenn ich dann minus 80 Milliarden Euro gegenrechne, bin ich schon bei minus 40 Milliarden Euro. Und zu den 46 Milliarden Euro prioritäre Maßnahmen, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, kommen natürlich Herausforderungen, die noch nicht abgebildet sind; Stichworte: Bundeswehr, Bundespolizei, Digitalisierung, Entwicklungshilfe. Wenn Sie dann solche Zahlen wie 160 Milliarden Euro in den Raum werfen, Herr Kollege Fricke, dann muss ich sagen: Sie können mich gerne einladen, um mir mit Zettel und Bleistift - die vier Grundrechenarten kann ich noch ziemlich gut - die 160 Milliarden Euro zu beweisen. Ich sehe sie jedenfalls nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Übertroffen wird das nur von der AfD. Das sind besonders große Künstler. 7 Prozent weniger Mehrwertsteuer - das wäre eine gesamtstaatliche Mindereinnahme von 80 Milliarden Euro, beim Bund von 40 Milliarden Euro. Der Soli soll sofort weg - das wären jährlich minus 60 Milliarden Euro für das Haushaltsjahr 2018 und die folgenden Jahre, also 240 Milliarden Euro weniger in dieser Legislaturperiode.

(Peter Boehringer (AfD): Das sind die Migrationskosten!)

Man kann ja sagen, das kann der Bund verkraften. Nur, Herr Kollege Boehringer, 40 Milliarden Euro Steuermindereinnahmen bei den Ländern würde für Nordrhein-Westfalen ein Minus von 8 Milliarden Euro bedeuten und für mein Heimatbundesland ein Minus von 800 Millionen Euro - bei einem Etat von 7 Milliarden Euro. Das hieße: weniger Polizei, weniger Lehrer, weniger Sanierungsmittel für Schulen, weniger Kitausbau. So ein Blödsinn! Das zeigt Ihren ganzen Unverstand. Anstatt hier Märchenstunden zu halten, sollten Sie sich lieber mit der finanzpolitischen Wirklichkeit befassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Fraktionen außer der AfD sind in Landesregierungen in der Verantwortung.

(Uwe Kamann (AfD): Noch!)

Herr Kollege Scholz, Sie haben bis vor ein paar Tagen auf der anderen Seite gesessen, Ihr Kollege neben Ihnen, Horst Seehofer, genauso. Ich will Ihnen an zwei oder drei Beispielen zeigen, vor welcher Herausforderung diese Bundesregierung steht.

Niemandem in diesem Hause - vielleicht außer der AfD - ist damit gedient, wenn das Geld, das wir für Kommunalinvestitionen - für Kitausbau, für Schulsanierung, für sozialen Wohnungsbau - zur Verfügung stellen, nicht da ankommt, wo es hingehört.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen: Das Land Berlin hat zwischen 2006 und 2013 nicht eine einzige Sozialwohnung gebaut, aber 300 Millionen Euro für den sozialen Wohnungsbau bekommen und in dieser Zeit 150 000 Mietwohnungen privatisiert. Heute stellt sich der Regierende Bürgermeister hin, fordert vom Bund mehr Mittel für den sozialen Wohnungsbau und bekommt für die Zeit von 2016 bis 2019 rund 250 Millionen Euro.

Dieses Beispiel könnte ich fortführen - auch aus meinem Heimatland.

Thema Entflechtungsmittel. Nein, es gibt kein Förderprogramm des Bundes für kommunalen Straßenbau. Das ist formal richtig. Das steckt in den Entflechtungsmitteln; das waren 35 Millionen Euro.

Der Satz im Koalitionsvertrag, in dem es um die Zweckbindung der Mittel geht, ist sehr wichtig. Herr Scholz, eine Aufforderung an Sie: Wenn der Bund Geld zur Verfügung stellt, dann müssen diese Mittel auch dahin fließen, wo sie hingehören. Dahin müssen wir wieder zurückkommen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Ein anderer Punkt, der mir sehr wichtig ist: Wer in diesem Hohen Haus weiß oder hat darüber gelesen oder gesprochen, dass wir die ungebundenen Zuweisungen an Länder und Kommunen in Höhe von 2,5 Milliarden Euro im letzten Jahr auf 5 Milliarden Euro verdoppelt haben? Die Länder haben sich 1 Milliarde Euro davon abgezwickelt, und teilweise werden die Mittel durchgereicht, zum Beispiel 4 Milliarden Euro über die Kosten der Unterkunft und Umsatzsteuerpunkte. Das sind für Nordrhein-Westfalen und für die neuen Bundesländer 1 Milliarde Euro. Ich sehe nicht, dass dort mit diesem Geld Sonderprogramme für dringende Maßnahmen aufgelegt worden sind.

(Ulrich Freese (SPD): Ruf mal Armin an!)

Herr Scholz, deswegen sage ich eine Debatte voraus. Die Entflechtungsmittel ergeben sich ab 2020 nur noch aus den Umsatzsteuerpunkten. Die Debatte wird folgendermaßen laufen: Bund, gib Geld für den Wohnungsbau; Bund, gib Geld für den Hochschulbau; Bund, gib Geld für kommunale Verkehrswege.

(Otto Fricke (FDP): Genau!)

Ich sage das in aller Eindringlichkeit, weil mir die Bürgermeister in meinem Wahlkreis, wenn ich ihnen sage, wofür wir Geld zur Verfügung stellen, den „Scheibenwischer“ und Piepmatz zeigen und mich fragen: Rehberg, wo denn? - Deswegen sehe ich es als eine wichtige gesamtpolitische Aufgabe an: Wir nehmen unsere gesamtstaatliche Verantwortung wahr, aber dann müssen das auch die Länder tun, indem sie das Geld zweckentsprechend verwenden bzw. an die Kommunen durchreichen.

Die Länder und Kommunen erhalten Mittel für prioritäre Maßnahmen. Mehr als die Hälfte dieser 46 Milliarden Euro erhalten sie für Aufgaben, die keine originären Aufgaben des Bundes sind. Das Geld muss da ankommen, wo es hingehört, und darf nicht irgendwo versickern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch in bin für mehr Dynamik in Europa; das ist gar keine Frage. Herr Scholz, wir müssen uns aber auch darüber unterhalten, wo es in Europa hakt. Ich finde, es kann nicht sein, dass im letzten Jahr 10 Milliarden Euro des Kohäsionsfonds nicht abgerufen worden sind. Ich nenne den Europäischen Sozialfonds, EFRE, ELER usw. Für dieses Jahr sind 5 Milliarden Euro prognostiziert. Das heißt, in zwei Jahren werden Brüssel und die Mitgliedstaaten nicht in der Lage gewesen sein, die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zweckentsprechend bzw. sachgerecht auszugeben.

Ein Teil des Überschusses, dieser 24 Milliarden Euro, resultiert aus dieser Nichtverwendung. Deswegen müssen wir von den 24 Milliarden Euro Überschuss eigentlich 7,4 Milliarden Euro abziehen, weil wir die Rechtsverpflichtung haben, dass nicht abgerufene EU-Mittel wieder dahin zurückfließen, wo sie hingehören.

Deswegen glaube ich, dass wir uns wirklich nicht darüber unterhalten sollten, unkonditioniert mehr Geld nach Europa zu geben; die CDU/CSU-Fraktion ist strikt dagegen. Um erfolgreich zu sein, müssen wir ein regelbasiertes Europa haben, und das Geld muss konditioniert nach Brüssel fließen und an die Mitgliedsländer weitergegeben werden. Alles andere hilft an dieser Stelle nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei des Abg. Carsten
Schneider (Erfurt) (SPD))

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung machen, nämlich zum Thema „Schwarze Null“. Es gibt in der SPD-Bundestagsfraktion zwölf Abgeordnete, die meinen, das sei weder ein finanzpolitisches Ziel noch irgendwie notwendig.

Ich muss Ihnen sagen: Ich habe drei Enkel, 13 Jahre, 5 Jahre, und die Kleine ist gerade geboren. Ich werde in ein paar Tagen 64 Jahre alt. Ich möchte nicht, dass einer der drei, zu welchem Zeitpunkt auch immer, sagt: Opa, du warst doch Haushälter. Du hast nicht dafür gesorgt, dass wir heute nicht für die Lasten deiner Politik zahlen müssen. - Deswegen: Keine neuen Schulden zu machen, heißt Nachhaltigkeit. Es heißt auch Generationengerechtigkeit. Es ist die beste Sozialpolitik für heute und für nachfolgende Generationen.

Herzlichen Dank.
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)